

15. DEZ.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/285 - 15. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>So geht es nicht!</u> Durcheinander bei der Krankenversicherung wird immer grösser	35
2	<u>Gemeindliche Finanzreform bleibt auf der Tagesordnung</u> Nach der Debatte im Bundestag	41
3 - 4	<u>An Ungarns Todesgrenze</u> Stacheldraht - Maschinengewehre - Wachtürme Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Brants	73
5 - 6	<u>Auf die Taten kommt es an!</u> Gedanken zum Weihnachtsfest Von Ludwig Metzger, MdB	70

+ + +
+ +

Zur Beachtung!

Wir machen unsere Abonnenten schon jetzt darauf aufmerksam, dass wir in der nächsten Woche einen Neujahrsartikel des Vorsitzenden der SPD,

Erich Ollenhauer

veröffentlichen werden. Dieser Artikel ist für die Fests Ausgaben der Zeitungen zum Jahreswechsel vorgesehen.

So geht es nicht !

Durcheinander bei der Krankenversicherung wird immer größer

sp - Jetzt hat der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, seinem Parteifreund und Minister Theodor Blank eine schriftliche Rüge erteilt, weil dieser angeblich keine Konsequenzen aus den Zusagen zog, die Konrad Adenauer den Ärzten für die Reform der Krankenversicherung gegeben hat. Der arme Minister Blank, dessen Ministerium bekanntlich in letzter Zeit nur noch Formulierungshilfe bei der Abfassung von neuen Texten leisten mußte, weiß nun überhaupt nicht mehr, woran er ist. Das Durcheinander in der CDU hat Formen angenommen, die jede vernünftige Gesetzgebung praktisch lahmlegen.

Dr. Adenauer hat in jüngster Zeit die CDU dreimal aufgefordert, sie solle mit größter Beschleunigung die Krankenkassenreform - koste es, was es wolle - durchziehen. Aber noch jedesmal sind die Interessengegensätze innerhalb der Kanzlerpartei so hart aufeinandergeprallt, daß eine Beschlußfassung über entscheidende Fragen nicht möglich war.

Natürlich hat der Bundeskanzler selbst an dem jetzt entstandenen Durcheinander ein gerütteltes Maß an Schuld. Er hat in sogenannten privaten Gesprächen Versprechungen abgegeben, mußte aber kurze Zeit danach immer wieder feststellen, daß seine Versprechungen Widerstände auslösten und nicht realisiert wurden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat das alles kommen sehen. Sie hat, mit der Materie bestens vertraut und in Kenntnis der Interessengegensätze innerhalb der CDU, schon vor Monaten vorgeschlagen, die dringendsten Probleme der Krankenkassenreform noch in dieser Legislaturperiode durch ein Vorschaltgesetz zu lösen und die große Reform in der nächsten Legislaturperiode in aller Ruhe in Angriff zu nehmen. Das Echo bei der CDU/CSU auf diesen Vorschlag war immer nur negativ, trotzdem man auch beim Sozialausschuß der Kanzlerpartei wußte, daß die an einer wirklichen Krankenkassenreform interessierte Bevölkerung keine hastige Pfuscharbeit wünscht.

Auch jetzt noch glaubt die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion, der CDU eine Brücke bauen zu können. Niemand würde geschädigt werden, wenn man in dieser Legislaturperiode das Vorschaltgesetz mit breiter Mehrheit durchbrächte und dann in der nächsten Legislaturperiode nach gründlicher Vorbereitung ein umfassendes Reformgesetz zur Verabschiedung bringen würde.

Gemeindliche Finanzreform bleibt auf der Tagesordnung

sp - Es ist das Verdienst der SPD-Bundestagsfraktion, dass durch ihre Grosse Anfrage zu den Gemeindefinanzern endlich einmal alle hiermit im Zusammenhang stehenden Probleme am Mittwoch in einer mehrstündigen Debatte im Bundestag zur Sprache gebracht worden sind und dass, wie es den Anschein hat, hierdurch auch die immer wieder von den kommunalen Spitzenverbänden und den kommunalpolitischen Gremien der Parteien geforderte Änderung des Steuer- und Finanzsystems in den Gemeinden im Grundgesetz nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden kann.

Wie notwendig der Vorstoss der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion war, zeigten die Erklärungen des Regierungsvertreters, Prof. Hettlage, der seine Ausführungen mit dem Hinweis schloss, dass eine Neuordnung der Finanzverfassung unausweichlich sei. Prof. Hettlage stellte auch fest, eine grundlegende kommunale Finanz- und Steuerreform müsse ein wesentlicher Bestandteil dieser umfassenden Neuordnung werden.

So wichtig diese Erklärungen Prof. Hettlages in der Sache sein mögen, so befriedigten sie jedoch nicht. Erstens fragt sich natürlich jeder, der etwas von Gemeindefinanzern versteht, warum die Regierung und die Mehrheit des Bundestages (CDU/CSU, DF) nicht schon längst auf das Drängen nicht nur der Opposition, sondern auch aller kommunalen Verbände nach einer gemeindlichen Finanzreform eingegangen sind. An Versprechungen dieser Art hat es nämlich nicht gefehlt und oft genug haben Regierungsvertreter in der Vergangenheit bei Zusammenkünften der kommunalen Spitzenverbände lauthals verkündet, sie würden jetzt die Ärmel aufkrempeln und die Gemeindefinanzern endlich in Ordnung bringen.

Zweitens erscheint es uns zu einfach, wenn der Regierungsvertreter erklärt, man könne den Hauptteil der Finanzsorgen unserer Gemeinden dadurch beseitigen, dass man nunmehr die Lasten auf die Länder abwälzt. Schon dieser Hinweis zeigt, dass die Bundesregierung jetzt die Verpflichtung hätte, in enger Zusammenarbeit mit allen kommunalen Spitzenverbänden, den Ländern und den Parteien die Übersicht dessen, was für eine gesunde Finanzpolitik der Gemeinden notwendig ist, zu schaffen. Hierbei wird man sehr schnell feststellen, dass auch die Problematik einer veränderten Gewerbesteuer-Gesetzgebung besonders für die kleinen Gemeinden sehr gewissenhaft überprüft werden muss.

Jetzt wird die ganze Gesetzesmaterie zunächst in den Ausschüssen des Bundestages durchgearbeitet werden. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein gutes Werk vollbringen würden, wenn sie mit ihrer Mehrheit die weitere dringliche Diskussion auf die lange Bank schieben würden. Am Beispiel einer Reform des kommunalen Finanz- und Steuersystems wird sich zeigen, wie die Regierungsparteien und die Regierung selbst zu ihrem Bekenntnis der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung stehen.

An Ungarns Todesgrenze

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Etwa sechzig Kilometer von Wien, am äußersten Rande der Pußta zieht sich die Grenze zwischen Österreich und Ungarn dahin. Es ist eine Grenze lähmenden Schreckens und beständiger Todesgefahr. Sie ist rund 350 Kilometer lang und ihre mörderischen Anlagen wurden in letzter Zeit von den Ungarn neuerlich verbessert und verstärkt. Da gibt es einen inneren Stacheldrahtzaun, einen ungeackerten Kontrollstreifen, einen Fußsteig für die Grenzpatrouillen, Wachttürme, ein Minenfeld und den an Betonpfeilern befestigten äußeren Stacheldrahtzaun. An den meisten Minen sind nach links und rechts jeweils drei Meter lange Stolperdrühte gespannt. Im Abstand von wenigen Metern ragen die Betonpfeiler mit ihren Querbalken entlang der Grenze gegen den Himmel, gleich einer Allee von Galgen - im vorweihnachtlichen Nebel ein schauriges Symbol kommunistischer Diktatur.

Mordverhaue

An diesen Mordverhaue haben in den letzten Jahren schon viele Menschen ihr Leben ausgehaucht oder sind zu Krüppeln geworden. Durch ahnungsloses Wild explodierende Minen haben in österreichischen Dörfern Schäden angerichtet. Maschinengewehrketten, die ungarischen Flüchtlingen gelten, prasseln zuweilen auf österreichisches Gebiet und bedrohen das Leben der Einwohner. Damit nicht genug, kommt es immer wieder zu Grenzverletzungen - allein 1960 wurden siebzehn registriert -, bei denen von ungarischen Grenzsoldaten auf österreichische Zollbeamte, die sich auf Patrouillengängen befanden, Schüsse abgefeuert wurden. Besonders empörend waren ein solcher Feuerüberfall am 22. August bei Halbthurn und am 28. November bei St. Margarethen. Die Ungarn überkletterten den Stacheldrahtverhaue und schossen aus noch größerer Nähe auf den in Deckung liegenden österreichischen Zollbeamten. Bei dem Zwischenfall vom 28. November schoss dieser auf die Angreifer zurück. Seit es weniger Flüchtlinge gibt, Frauen und Kinder, die man im Grenzstreifen niederknallen kann wie die Hasen, hat man sich auf österreichische Zoll- und Grenzorgane spezialisiert. Sonst wäre es dort vermutlich zu langweilig.

"Ich schiess den Hirsch ..."

Es ist erst vier Jahre her, seit der Aufstand des ungarischen Volkes gegen seine Peiniger und Unterdrücker blutig niedergeschlagen wurde. Doch wo einst die Schmerzensschreie ungarischer Aufständischer verhallten, wo freiheitsliebende Menschen hingemetzelt wurden, da erschallt heute das frohe Jagdhorn Westlicher Geldpretzen und da knallen - 4 -

ihre Jagdbüchsen. Von September bis Weihnachten ist dort Jagdsaison. Möglich überschreiten rund zwei Dutzend Luxusautos mit wohlhabenden Jägern aus der Bundesrepublik die engen Durchlässe an der Todesgrenze, dann die ungarischen Wälder weisen, wie die "Nepszabadsag" kürzlich berichtete, den besten Wildbestand in ganz Europa auf. Der Abschuss eines Hirschen kostet allerdings dem deutschen Weidmann bare 10 000 DM, aber man hat's ja. Menschenleben sind übrigens in Ungarn billiger.

Und Menschenglück zählt dort überhaupt nicht - auch nicht zu Weihnachten. Es gibt für Familien, die getrennt leben, keine Einreise und keine Ausreise. Dabei sind viele Familien durch die grauenhaften Ereignisse des Jahres 1956 voneinander getrennt. Noch immer leben in Österreich zahlreiche Flüchtlinge, deren Angehörige jenseits der blutigen Grenze zurückgeblieben sind.

Erschütternde Szenen

So kommt es in dem österreichischen Korridorzug Nr. 4912 von Wien über Schattendorf durch das ungarische Ödenburg in das wieder österreichische Deutschkreutz immer wieder zu erschütternden Szenen: Die Bahnlinie führt etwa 25 Kilometer über ungarisches Gebiet, durch den sogenannten Ödenburger Zipfel. Bei den Stacheldrahtverhauungen an der Grenze stehen ungarische Grenzsoldaten auf die Trittbretter der Waggons. Sie achten darauf, dass niemand auf- oder abspringt. Eigentlich müßten sie auch das Öffnen der Fenster verhindern, aber darüber schon sie seit einiger Zeit hinweg, und so ergibt es sich, daß dieser österreichische Personenzug auf ungarischer Boden beschidene und dürftige menschliche Kontakte zwischen auseinandergerissenen Familien ermöglicht. Entlang der Bahnlinie stehen vernährte Menschen aus Ungarn und warten sehnsüchtig auf den Zug. Im Zuge selbst drängen sich an die Fenster ungarische Flüchtlinge und winken ihren Angehörigen draußen zu. Da wird ein kleines Kind hochgehoben, damit es - erstmalig - auch die Großmutter in Ungarn sieht...

Wenn dann der Weihnachtsabend kommt, zeigt vielleicht ein Wirtschaftswunderknabe in Düsseldorf oder München seinen vornehmen Gästen mit unverhohlenen Stolz die kestspielligen Jagdtrophäen von der heurigen Saison in Ungarn. Und in Győr, Budapest oder Komárom sagt eine alte Arbeiterfrau zur Nachbarin nicht minder stolz: "Der Jancs ist schon groß und stark geworden. Die Jungen haben ihn mir vom Eisenbahnzug aus gezeigt."

Auf die Taten kommt es an !

Gedanken zum Weihnachtsfest

Von Ludwig Metzger, MdB

Weihnachten will uns aus dem Trubel in die Stille führen. Ein Fest der Besinnung sollte es sein. Die Menschen unserer Zeit haben das Gegenteil daraus gemacht. Nicht genug können wir lärmern, uns rühmen und unsere Wohlhabenheit zur Schau stellen. Der Sinn der Weihnacht droht darüber verloren zu gehen. Und wenn wir noch so viel von unserer Christlichkeit reden - die Forderungen des Evangeliums sind unsweithin nicht so verpflichtend wie sie gemeint sind. Wenn wir überhaupt bereit sind, sie zu hören, neigen wir dazu, sie ins Sentimentale und damit ins Inverbindliche abzuwandeln.

Es ist aber ein Irrtum zu meinen, dass Religion etwas Rührseliges sei. Auch Weihnachten ist bei aller Innigkeit, die von diesem Fest ausgeht, kein billiger Anlass, sich in beschaulicher Selbstzufriedenheit und Gefühlseligkeit zu wiegen oder das Leben mit äußerem Glitter zu vergolden.

"Denn sie hatten sonst keinen Raum in der Herberge", das sind die Worte, die in der Geschichte von der Geburt Christi stehen. In einem Stall hat Jesus das Licht der Welt erblickt. Hier gibt es nichts zu beschönigen und sein Leben ist nicht geeignet, über sehr rauhe Wirklichkeiten hinwegzutäuschen.

Auch über die Wirklichkeit des Menschen täuscht sich das Evangelium nicht hinweg. Es gibt kein Menschenbild, das realistischer wäre, als das des Neuen Testaments. Es genkt nicht daran, den Menschen zu idealisieren. Es weiss zu berichten von seinem Versagen, von seinem Mangel an Liebe, von seinem Fernesein von dem Ursprung und Quell der Liebe, von Gott.

Das ist der Zustand, der in der Bibel als "Sünde" bezeichnet wird, womit nichts anderes gemeint ist als die Sonderung des Menschen von Gott. Eine Handlung ist sündig, sagt der bedeutende Theologe Paul Tillich, nicht weil sie Ungehorsam gegen ein Gesetz bedeutet, sondern weil sie Ausdruck der Entfremdung des Menschen von Gott, den Mitmenschen und sich selbst ist.

Jesus zeigt an vielen Beispielen, wie die Entfremdung aufgehoben werden kann. Als ein Schriftgelehrter ihn fragte, wie er das ewige Leben ererben könne, verwies er ihn auf die Worte des Alten Testaments: Liebe Gott von ganzem Herzen und Deinen Nächsten wie dich selbst. Auf die weitere Frage des Priesters, wer denn sein Nächster sei, erzählte er ein Gleichnis, durch das er nicht nur deutlich machte, was unter "Nächstem" zu verstehen ist, sondern wie man sich praktisch dem Nächsten gegenüber zu verhalten hat. Er sprach von einem Menschen, der auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho von Räubern überfallen, geschlagen und halbtot liegen gelassen wurde. Ein Priester und ein Levit gingen nacheinander an ihm vorüber und kümmerten sich nicht um ihn. Ein Samariter aber erbarmte sich seiner, verband seine Wunden, brachte ihn zur nächsten Herberge, pflegte ihn, gab ihm Geld und versprach dem Wirt, als er die Herberge verliess, die Kosten der Pflege auf der Rückreise zu bezahlen. "Der Nächste" unter den Dreien, die an dem unter die Hürder Gefallenen vorbeikamen, war der Samariter, "der die Barmherzigkeit an ihm tat". Darin stimmten der Schriftgelehrte und Jesus überein. Und Jesus forderte seinen Gesprächspartner auf, hinzugehen und Gleiches zu tun.

Wir sehen, nicht auf grosse Worte kommt es an. Der Samariter hat den schwer Verwundeten und aller Mittel Entblößten keine wohlgemeinten Reden gehalten; er hat gehandelt. Indem er ihm körperlich und materiell geholfen hat, hat er ihm auch geistige Hilfe gewährt. Die Entfremdung überwindet der Mensch dadurch, dass er Barmherzigkeit und Liebe übt. So vollzieht sich die Versöhnung mit Gott. Das ist die Botschaft, die Jesus verkündet hat.

Weihnachten soll uns gemahnen, dass wir viele Nächste haben, die unserer Hilfe harren. Ein wenig Wohltätigkeit - so wichtig sie ist - genügt nicht; durchgreifende Hilfe ist vonnöten. Sie muss ohne Hintergedanken und ohne Bedingungen geleistet werden. Auch die Hungernden in der weiten Welt sind unsere Nächsten.

Nicht um Theorien und Prinzipien geht es, sondern um praktisches tätiges Verhalten. Das Evangelium meint den ganzen Menschen in allen seinen Lebensbereichen.

Wenn die Weihnachtsbotschaft alle Jahre von neuem Frieden auf Erden verkündet, geht es keineswegs nur um einen Frieden der Vergeistigung, der konkret zu nichts verpflichtet; es geht auch darum, dass die Menschen und die Völker im äusseren Frieden leben können. Auch an die Politiker richtet sich die Friedensbotschaft, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht.

Verantwortlich: Günter Markscheffel